

Sommertagung der D. D. P. in Nischalden

Vorarbeit für die Reichstagswahl

Nischalden, O.M. Oberndorf, 21. Juli. Der rührige Vorsitzende des Wahlkreises von Landtagsabg. Dr. Mauthe, Franz Moosmann-Schramberg, hatte auf den letzten Sonntag, den 20. Juli, zu einem Wahlkreis-Sommerfest nach Nischalden eingeladen. Der Besuch war äußerst zufriedenstellend. 29 Orte waren vertreten. Abg. Johs. Fischer mußte außer im Saal auch noch im Freien zu einer großen Zuhörerschaft sprechen. Abg. Dr. Mauthe und Albert Hopf waren genötigt, in einer dritten Nebenversammlung Anreden zu halten.

In der Hauptversammlung begrüßte Franz Moosmann-Schramberg die zahlreichen Zuhörer. Nach einem Prolog folgte eine Reihe von Begrüßungsansprachen.

Lebhafte begrüßt trat alsdann Landtagsabgeordneter Dr. Mauthe an das Rednerpult. Er führte u. a. Folgendes aus:

Ich sehe in der heutigen großen Kundgebung den Ausdruck des Vertrauens für mich und meine politische Arbeit. Ich sehe darin aber auch einen Beweis für die Zuneigung zur Deutsch-Demokratischen Partei. Wir haben unsere besten Männer jeweils in die Regierung entsendet. Die staatspolitische Arbeit, die diese Männer und unsere Partei all die Jahre her geleistet haben, war nationale Arbeit. Wir haben dies getan, getreu unserer Tradition, nichts für uns zu wollen, sondern alles nur für das Volk. Das Ausland staunt über das Aufblühen Deutschlands zwölf Jahre nach dem schrecklichen Krieg. Es staunt über den Willen, den die Deutschen an den Tag legen, um vorwärts zu kommen. Unmögliches möglich gemacht zu haben, ist das Zeichen des demokratischen Deutschland. So hat eine englische Zeitung im Blick auf die vorzeitige Rheinlandbefreiung geschrieben: Um so unverständlicher und um so bedauerlicher ist, daß dieses Deutschland innenpolitisch vollständig verfaßt, daß der Reichstag nicht im Stande war, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen. Es ist im höchsten Maße dankenswert, daß Hermann Dietrich den Posten des Reichsfinanzministers übernommen hat. Wir Demokraten handeln national im Gegensatz zu denen, die dieses Wort ständlich im Munde führen. Die deutsche Parteipolitik bedeutet eine Gefahr für die Zukunft des Volkes. Erneut erhebe ich den Ruf nach einer zweckentsprechenden Handelsvertragspolitik. Die Erfüllung sieht noch aus für unsere alten Forderungen: Reichs- und Verwaltungsreform, Sparmaßnahme im Reichshaushalt, Ausgabenkürzung, Steuer- und Finanzreform. Der Artikel 48 der Reichsverfassung ist in der Stunde der Gefahr mit Recht von der Reichsregierung angewendet worden. Hat doch die Mehrheit des Reichstags statt Ordnung nur Verwirrung geschaffen. Reichsfinanzminister Dietrich hat darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Anzeichen vorliegen, die auf eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage hindeuten. Ich kann dies, soweit ich zu sehen vermag, bestätigen. Die Besserung kann sich aber nicht auswirken, wenn wir einen Reichstag haben, wie den letzten, dessen Mehrheit auf allen Gebieten so jämmerlich verfaßt ist. Die Mehrheit dieses Reichstags war nicht fähig, das Arbeitslosenproblem zu lösen, war nicht fähig, den Steuerdruck zu mildern, der Wirtschaft die so notwendige Ruhe zur Arbeit zu geben. Politisch ist kein Sonnenschein. Politisch ist enge Arbeit an der Zukunft des Volkes. So fassen wir auch unsere heutige Tagung auf. Möge diese Veranstaltung der Sammlung und der Einkehr dienen bei all denen, die es gut mit unserer Zukunft meinen.

Die gehaltvollen und temperamentvollen Ausführungen, die aus einem um das Wohl des Volkes besorgten Herzen kamen, lösten starken Beifall aus. Dr. Mauthe's Worte hatten auf die Versammlung einen tiefen Eindruck gemacht.

Auf ihn folgte Abg. Johs. Fischer. Er führte u. a. aus:

Der Reichstag sei dank der Unfähigkeit der Parteien zu sachlicher Politik, die am letzten Freitag zu einer Mehrheit gegen die Notverordnungen sich zusammengelunden haben, mit Schimpf und Schande nach Hause geschickt worden, und man soll es den Vertretern der Parteien, die daran beteiligt sind, auch fühlen lassen, daß man mit ihnen in der Ausübung ihres hohen Amtes im höchsten Maße unzufrieden ist, in weitesten Kreisen der Bevölkerung. Die Zeit so angespannter Not, wie wir sie jetzt in Deutschland durchleben, gebe den Parteien kein Recht, um politischer oder gar persönlicher Rechthaberei und Interessen willen die Schwierigkeiten des Volkes und die Leistung des Staates noch weiter zu erschweren. Das deutsche Volk lebe vor dem Ausland blamiert da, daß der Reichstag, unter dessen Amtsdauer dem deutschen Volk die Freiheit am Rhein wieder zurückgegeben wurde, die Freiheit seines innenpolitischen Handelns im weitestem Umfang wieder gewonnen wurde, sich selbst unfähig erwies, diese Freiheit in einem staatspolitisch verantwortlichen und wirtschaftlich überlegten Sinne fruchtbar auszuwerten. Damit habe der Reichstag das Recht auf Führung des Volkes durch seine eigene Schuld verwirkt gehabt. Man müsse die Parteien anfragen und gegen sie in diesem Wahlkampf mit aller Schärfe kämpfen, die daran schuld seien, daß die Festtage zu Ehren der Befreiung des Rheines vom deutschen Volk nicht mit geschlossenerer Einmütigkeit begangen werden können, und daß der erste Besuch des Reichspräsidenten in den befreiten Landen von einer so unharmonischen, politischen Auffahrt begleitet werde. Gewiß sei der Reichstag auch nur ein Spiegelbild des deutschen Volkes und insofern sei auch das deutsche Volk mitschuldig an dem politischen Elend, das jetzt offenkundig geworden sei, aber müsse von den Männern und Frauen, die das Amt der Volksführung für sich in Anspruch nehmen, verlangen, daß sie doch etwas besser, als die breite Masse der Bevölkerung, sich Rechenschaft über ihr Tun geben und von ihrem hohen Standort aus klarer, als es die einfache Bevölkerung tun kann, erkennen, was für Deutschland notwendig ist.

Der Redner schilderte mit großer Anschaulichkeit die verhängnisvoll falsche Einstellung, in der das deutsche Volk mit

seiner Lebensgestaltung, die öffentliche und die private, seit zehn Jahren sich befindet und wie es nun zu diesem Zusammenbruch, sowohl in den öffentlichen Finanzen, wie in der privaten Wirtschaft kommen mußte, in dem Augenblick, da wir durch die Annahme der Youngscheine genötigt waren, unsere öffentliche und private Lebenshaltung mit dem schmalen Arbeitsertrag der deutschen Wirtschaft in Einklang zu bringen. Mit großer Schärfe arbeitete er alsdann einige Hauptpunkte für den bevorstehenden Wahlkampf heraus. Obenan steht ihm die Forderung an die politisch führenden Persönlichkeiten, ihr politisches Amt mit Lauterkeit und Opfergegnung zu führen, und die politische Arbeit als Sprungbrett für persönliche Vorteile und privatwirtschaftliche Zwecke zu mißbrauchen. Wer heute vom deutschen Volk Vertrauen verlange müsse zuvor bereit sein, auch in seinem privaten Leben an der schweren Not des deutschen Volkes selbst Anteil zu haben. Sodann sprach er sich mit großer Entschiedenheit dafür aus, daß das Verfassungsrecht in der Richtung geändert werde, daß über 12 000 Mark hinausgehende Sätze gestrichen werden. Wer dann nicht bereit sei, trotzdem seine Dienste dem deutschen Staate zu leisten, auf den könne man ruhig verzichten. Man dürfe dabei aber nicht an Verfassungsbestimmungen hängen bleiben. Verfassungen haben so lange Bestand, als die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt sei, daß auf ihrer Grundlage die Gerechtigkeit gefördert und der Wohlfahrt des Volkes gedient werden könne. Diese Ueberzeugung haben heute weiteste Kreise nicht mehr, und der neue Reichstag müsse dieser Stimmung Rechnung tragen.

Mit großem Nachdruck verlangte der Redner weit höhere Abstriche am Reichshaushalt, bei der Reichswehr und Marine, beim auswärtigen Dienst, aber auch im Verwaltungsapparat. Man müsse die Verwaltung durch rücksichtslose Abstriche zu der Bereitwilligkeit zwingen, endlich diejenigen Reformen in der Reichsverwaltung durchzuführen, die um einer fruchtbareren und sparsameren Verwaltung willen notwendig seien. Er sehe in diesem Wahlkampf auf der Seite der Regierung, weil er es für dringend notwendig halte, so wie es der Reichsinnenminister Dr. Wirth und Reichsminister Dietrich getan haben, gerade die bewährten Träger der deutschen Republik zur Selbstbefähigung und zu ernstester Verantwortlichkeit aufzurufen. Es gebe in diesem Wahlkampf nicht in erster Linie darum, möglichst viele Parteistimmen zu zählen, sondern es gebe darum, dem republikanischen Staat in den breiten Massen des deutschen Volkes den lebendigen und tragfähigen Untergrund zu schaffen, von dem aus allein eine gedeihliche Führung der Staatsgeschäfte möglich sei. Für diesen Kampf der Weisheit und der Sicherung des neuen Deutschlands rufe er die Männer und Frauen von der Höhe des Schwarzwaldes auf.

Der kühnliche Beifall, den diese passende Rede auslöste, klang aus in einem gemeinsamen Gesang des Deutsch-Liedes.

In der Nebenversammlung führte Albert Hopf Stuttgart u. a. aus:

Es ist ein trübes Ende, das dieser Reichstag genommen hat. Er hat sich dadurch selbst sein Urteil gesprochen. Die Ablehnung der Notverordnung des Reichspräsidenten hat als unerfreulichste Folge, daß in einer Zeit schwersten, wirtschaftlichen Niedergangs und in einer innerpolitischen Verwirrung sondergleichen das deutsche Volk zur Wahl schreiten muß. Die Reichsregierung hatte einen doppelten Ansturm auszuhalten. Von links und von der Rechten. Die Deutschnationalen wandten sich gegen die Deckungsvorlage als ein marxistisches Geschick, die Sozialdemokraten, denen der Reichsfinanzminister vorhielt, daß es sich vor allem um die Sicherung der Arbeitslosenfürsorge ginge, legten gegen die angebliche Sozialfeindschaft der Notverordnungen los. Werken müssen wir uns vor allem die Zusammenlegung der Mehrheit, die die Reichstagsauflösung verschuldet hat. Wir leben in einer innerpolitischen Verwirrung sondergleichen. Die demokratischen Parteien schreiben, das deutsche Reich zu einem Groß-Völkchen machen wollen. Arm in Arm mit der Sozialdemokratie, und wir leben die Nationalsozialisten an der Seite der Kommunisten. Durch die Neuwahlen muß die bürgerliche Mitte, deren Kernstück die Deutsche Demokratische Partei ist, gestärkt werden. Es geht sonst wie in Sachsen. Es hat aber keinen Sinn, nur über den Reichstag und die Reichsregierung herzufallen. Das deutsche Volk ist souverän. Es hat den Reichstag und die Reichsregierung, die es will. Dem nächsten Reichstag ein anderes Gesicht zu geben, das ist die Forderung des Tages. Die Erneuerung und Besserung muß aus dem Volke selbst kommen. Dabei werden wir beweisen müssen, daß wir nicht ein Hausen Interessenten, wie Reichsfinanzminister Dietrich sagte, sind, sondern ein Staatsvolk. Es gilt aber auch, mit dem Vorkrieg der Parteien und dem politischen Seitenwesen aufzuräumen. Für uns gilt der Grundsatz: Jedem das Seine. Jeder Stand und jeder Beruf soll in Gesetzgebung und Verwaltung die Berücksichtigung finden, die er braucht, um vorwärts zu kommen. Es muß sich aber jeder Einzelne sagen, daß seine Forderungen und Wünsche da ihre Grenze haben, wo die berechtigten Forderungen und Wünsche des Anderen beginnen.

Dem Redner wurde durch lebhaften Beifall gedankt. Der Vorsitzende, Mathias Huf von Schramberg, sprach im Anschluß daran noch ein eindringliches Schlusswort.

Die Sommertagung der Deutsch-Demokratischen Partei in Nischalden war ein guter Auftakt für die kommende Wahl.

Arbeitsloses Kapital

E. M. Die Betrachtungsmethoden gegenüber der wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen, vor die die gegenwärtigen Körperschaften gestellt waren und noch gestellt sind, haben in den letzten beiden Wochen eine grundsätzliche Wandlung erfahren. Je größer die grundsätzliche Opposition in der Öffentlichkeit gegen die von der Reichsregierung empfohlenen Wege weiterer Lastenerhöhungen im Dienst der Ueberwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Notstände wurde, um so mehr drängte — leider mit nicht unerheblichem Erfolg — die Reichsregierung den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß es sich bei unierten deutschen Wirtschaftsnöten ja keineswegs um eine isolierte Erscheinung handle, sondern um eine zwangsläufig gegebene Auswirkung der Weltwirtschaftskrise. Man verweist auf die Zahlen der Arbeitslosen, auf die Zahlen der Konturste in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika; man verweist auf die überall zu beobachtende Erstarrung des wirtschaftlichen Zirkulationsprozesses, und man bemüht sich, der deutschen Öffentlichkeit die Auffassung einzuführen, daß entscheidend keineswegs Fehler der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik die jetzigen Schwierigkeiten daher auch nicht durch schnelle und durchgreifende Aktionen der deutschen Wirtschaftsregierung überwinden kann. Noch sehe man nicht, an welcher Grenze die Schrumpfung des Weltwirtschaftskörpers haltmache; noch sehe man nicht, welchen Arbeitsanteil man der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt für die Zukunft sichern könne. Es bleibe für die deutsche Wirtschaftsregierung im Augenblick nichts anderes übrig, als die unmittelbaren Auswirkungen des wirtschaftlichen und sozialen Notstandes, so weit als nur irgendwie die wirtschaftlichen Kräfte reichen, zu dämpfen, um Staat und Wirtschaft vor Erschütterungen ihrer Fundamente zu bewahren und die Grundlagen für eine bessere Zukunft zu sichern.

Solche Betrachtung der Dinge ist nicht richtig. So zutreffend auch die Feststellung ist, daß der deutsche Wirtschaftskörper von den trüben Eindrücken auf dem Weltmarkt nicht unberührt bleibt, so berechtigt auch die Befürchtung ist, daß ein in seiner inneren Struktur so labiler Wirtschaftskörper wie der deutsche hier vor der Gefahr tief wirkender Erschütterungen steht, so falsch ist es, für die vergangenen Monate und für den gegenwärtigen Augenblick die Ursachen unserer wirtschaftlichen und sozialen Notstände in der Weltwirtschaftskrise zu suchen. Solche Behauptungen lenken nur in gefährlichem Umfange von den wirklichen Ursachen unserer Schwierigkeiten ab. Solche Behauptungen sind nur geeignet, einer Politik, die trotz aller starken Worte unsagbar schwächlich in ihren Handlungen ist, zu gestatten, sich mit solchen schwächtlichen Handlungen zufrieden zu geben. Man sollte tagtäglich den gegenwärtigen Körperschaften es immer wieder und immer wieder sagen, daß der entscheidende Anteil an unserer deutschen Wirtschaftsnot die Uebersteigerung der öffentlichen Lasten, die die Gesamtwirtschaft in allen ihren Teilen zu

tragen hat, ist und daß gleichzeitig diese Uebersteigerung sich doppelt schwer auswirkt, da sie zusammenfällt mit den Folgen eines gesunden, den privatwirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Wirtschaftskörpers widerstrebenden Finanz- und Steuersystems.

Es ist in den vergangenen Monaten viel diskutiert worden über eine grundsätzliche, unser Steuersystem bereinigende Finanzreform. Man hat in der jüngeren Vergangenheit viel davon gesprochen, daß eine weitläufige Sparpolitik einen schrittweisen Abbau der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben sicherstellen müsse. Durch Regierungskrisen und Parteigruppierungen hindurch hat aber praktisch der Weg immer und immer nur wieder zu neuen Lastenerhöhungen geführt. Lastenerhöhungen, die man auf dem Gebiet der Reichssteuern und unter Berücksichtigung der teilweise überaus großen Erhöhungen der Realsteuernzuschläge in den Gemeinden von Ende 1929 bis zum gegenwärtigen Augenblick auf mindestens 1,5 Milliarden Reichsmark zu schätzen hat.

Die Folge der falschen Wirtschaftspolitik ist nicht nur ein Schrumpfen des deutschen Wirtschaftskörpers, nicht nur ein Zerbrechen erheblicher Substanzteile der volkswirtschaftlichen Kraft, nicht nur die überaus große Einengung des Arbeitsmarktes und die Not einer Millionen Menschen umfallenden Arbeitslosigkeit, die Folge ist auch die Vahmlegung sehr großer Kapitalwerte, die Arbeitslosigkeit außerordentlich großer Teile der in normalen Zeiten in den Unternehmungen tätigen Kapitalkraft. Es liegt doch im Gegensatz zu den jüngsten Darlegungen des Reichskanzlers gerade so, daß bisher die Entwicklung der deutschen Außenhandelswirtschaft im Jahre 1930 nicht nur keine unmittelbaren Schäden, sondern im Gegenteil wesentliche, nur von unierter Wirtschaftspolitik in ihrer Auswirkung völlig behinderte Entspannungen des deutschen Wirtschaftskörpers mit sich gebracht hat. Es liegt doch so, daß der Rückgang der Gesamteinfuhr im ersten Halbjahr 1930 im Ausmaß von rund 121 Millionen R.M. gegenüber der gleichen Zeitperiode des Vorjahres keineswegs eine entsprechende Minderung der Einfuhrmengen in sich schließt. Hier kommt doch vielmehr in dem Rückgang der Wertziffer der bei einer nur etwas zugreisenderen Wirtschaftspolitik der Reichsregierung realisierbar gewesene Gewinn zum Ausdruck, der uns durch die billigeren Einblendungen auf den Rohstoffmärkten der Welt zwangsläufig zufallen mußte. Berücksichtigt man, daß neben dem stark geminderten Kaufkraftaufwand der deutschen Wirtschaft gegenüber den internationalen Rohstoffmärkten der sehr erhebliche Zustrom ausländischen Kreditkapitals steht — im ersten Halbjahr 1930 betrug die Kapitaleinfuhr 117,8 Millionen R.M. (hierzu 388,5 Younganleihe, 315 Zündholzanleihe), während im ganzen Jahr 1929 nur 373,6 Millionen R.M. an ausländischen Anleihen nach Deutschland hereinfloß —, so sieht man eine weitere „Reservekraft“, die zur Verfügung steht, wenn nur die Vertrauenskrise mit ihren Folgen verminderter Kapitalverwendung und verringerter Kapital-

nachfrage durch wirtschaftspolitisches Handeln überwunden würde. Nimmt man hierzu endlich aus den jüngeren Zwei-monatsbilanzen der Großbanken die darin ablesbare dauernd gestiegene zusätzliche Geldflüssigkeit, die auf der vorerwähnten Arbeitslosigkeit des Kapitals (denn die Kapitalbildung selbst ist im ersten Halbjahr 1930 gesunken, da sie von dem Produktionsüberschuss und seiner Verwertung abhängt!) beruht, so sieht man, welche wirtschaftlichen Kräfte — fast möchte man sagen: von heute auf morgen — in Bewegung gesetzt werden könnten, würde die Reichsregierung sich endlich zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik entschließen, die der Wirtschaft das Gefühl wirklicher Betreuung ihres Arbeitswillens und ihres Arbeitskönnens durch den Staat vermittelt.

Es ist und bleibt immer drängender die eine große Parole, das eine große Symbol umfassendster wirtschaftspolitischer Neuorientierung: **Ausgabenentlastung und schnellste Steuerentlastung!** Es steht fest und durch keine Regierungserklärung ist das Gegenteil bewiesen worden, daß die vom Hanso-Bund geforderten Senkungen des Zuschuhbedarfs im Ausmaß von 1 Milliarde R.M. für das Jahr 1930 erstmals durchgeführt werden könnten. Es steht fest, daß bei der Durchführung solcher Senkungen des Zuschuhbedarfs sofortige Steuerentlastungen sich realisieren ließen. Und es ist eine wahrhaft nicht von einem Unionsmittelschen Optimismus getragene Hoffnung, daß im Augenblick einer solchen Umkehr der geschehenden Körperlichkeiten jene heute brachliegenden Milliardenwerte wieder in der Wirtschaft arbeiten würden, daß in überraschend schnellem Tempo die Not der Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfang zu beseitigen wäre, daß Preisabbau und Rückkehr der Beweglichkeit des Wirtschaftskörpers und gerade in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise einen erfolgreichen Kampf um die dauernde Ausweitung unseres weltwirtschaftlichen Arbeitsanteils ermöglichte!

Jetzt ist erstmals unter einer rechtlich überaus zweifelhaften Verfassungsauslegung mit Artikel 48 die Lastenfreierung „verfügt“ worden. Der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung ist damit mit neuen Hemmungen belastet. Solange die geschehenden Körperlichkeiten darauf beharren, den Weg der gegenwärtigen ideenlosen, schematischen Finanz- und Haushaltspolitik fortzusetzen, solange wird Not und Elend in deutschen Wirtschaftskörper vorherrschen. Aber der Tag wird und muß kommen, wo die Wendung eintritt, für die wir kämpfen. Und wir wissen, daß dann der Weg sich öffnen wird in eine bessere wirtschaftliche Zukunft, die dem Volksganzen wirklichen sozialen und kulturellen Aufstieg besichert, die das Volksganze bewahrt vor Notständen, in die es jetzt durch eigene Schuld, durch das von ihm geduldete Verjagen seiner Gesetzgeber geraten ist!

Die Weltwirtschaft

Die bekannten Theorien über den Konjunkturverlauf scheinen zur Erklärung der Entwicklung der Weltwirtschaft während der letzten Jahre nicht zu genügen; der Ablauf der einzelnen Phasen wird offenbar von Faktoren gesteuert, die eine Voraussetzung über die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse beinahe unmöglich machen. Tiefgehende Veränderungen in der Struktur der Weltwirtschaft und den Abgabebereichen des Welthandels haben das frühere Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Absatz, Binnenmarkt und Ausfuhr aufgehoben und erschweren die Dispositionen der verschiedenen Wirtschaftskreise in den einzelnen Ländern.

In den Jahren nach Kriegsende ergab sich in den überseeischen Agrarländern durch große Ernten eine Uebererzeugung an Getreide insbesondere Weizen, die einen starken Preisdruck auf den internationalen Getreidemärkten verursachte; Kolonialprodukte wie Kaffee, Kakao, Tee, Rohrzucker und Kogkummi, sowie Baumwolle sind in solchen Mengen vorhanden, daß mit deren Unterbringung selbst bei den heutigen niedrigen Preisen kaum mehr zu rechnen ist und nur eine durchgreifende Einschränkung der Anbauflächen eine Erleichterung der Lage bringen kann. Ähnlich verhält es sich mit den verschiedenen Metallen. Die wichtigsten Vorräte an Kupfer, Blei, Zinn und Zink, sowie Silber sind derart gewachsen, daß sich weitere Preisrückgänge nur durch Produktionseinschränkungen vermeiden lassen werden. Auch der Absatz von Industrieerzeugnissen vermag nicht mit der durch die Rationalisierung rasch gesteigerten Produktion Schritt zu halten, da die Aufnahmefähigkeit der Inlandsmärkte beschränkt ist und die Ausfuhr durch hohe Zollmauern behindert wird.

Da der Preisrückgang der Agrar- und Kolonialprodukte die Kaufkraft der sie ausführenden Länder empfindlich geschwächt hat und außerdem das Fallen des Silbers auf 60 Prozent seines Vorkriegswertes die Bevölkerung der Länder mit Silberwährung insbesondere China in Mitleidenschaft zieht, ist mit einem weiteren Rückgang im Ausfuhrhandel von Fertigwaren zu rechnen, der sich auf die Produktion beinahe sämtlicher Industrieländer auswirken wird. Die englischen Ausfuhrziffern für das erste Halbjahr 1930 stellen sich auf 354 Mill. Pfd. Sterl. gegenüber 419 Mill. Pfd. Sterl. im ersten Semester 1929 und der Fertigwareneport allein hat um etwa 46 Mill. Pfd. Sterl. abgenommen; bei uns ist für die gleichen Perioden die Gesamtausfuhr einschließlich der Reparationslieferungen von 6548 Mill. R.M. auf 6206 Mill. R.M. gefallen, wobei der Anteil der Fertigwaren um 109 Mill. R.M. zurückgegangen ist.

Die Inlandsmärkte der Alten Welt leiden unter den Folgen des Krieges, der Inflation und Deflation, während in der amerikanischen Volkswirtschaft der unvermittelte Uebergang von der Hochkonjunktur zur Depression einen starken Rückschlag im Inlandsablauf zur Folge hatte. Die Gefahr einer scharfen Konkurrenz für die europäischen Länder in der Ausfuhr insbesondere nach Südamerika seitens der Vereinigten Staaten scheint bevorzustehen, da ihre Industrie einen Ersatz für den Ausfall am Inlandsmarkt finden muß.

Eine gewisse Erklärung für die trübenhaften Erscheinungen in der Weltwirtschaft liegt wohl darin, daß in einer Reihe von Ländern eine Ueberspannung der industriellen Produktion festgefunden hat, auf die als Vor-

aussetzung für eine Besserung eine Wiederanpassung an den wirtschaftlich und finanziell gegebenen Rahmen folgen muß. Auch die Regierungen werden sich in ihren Ausgaben nach der verminderten Steuerkraft zu richten haben, denn eine zu starke steuerliche Belastung erschwert den Wettbewerb auf dem Weltmarkt und der verminderte Absatz zieht Arbeitslosigkeit nach sich, die ihrerseits die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt beeinträchtigt.

Trotz des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Absatz hat sich bei den Fertigwaren eine wesentliche Preisentlastung noch nicht durchgesetzt, was in manchen Fällen auf Preisbindungen zurückzuführen sein dürfte. Wie die Freigabe der Preise für gewisse Eisenarten seitens der internationalen Rohstoffgemeinschaft zeigt, ist der Druck der wirtschaftlichen Kräfte stärker als Preisfestsetzungen; auch das amerikanische Kupferkartell konnte den Rückgang des Kupferpreises auf die Dauer nicht aufhalten. In der gegenwärtigen Depressionsperiode ist es jedoch zum mindesten zweifelhaft, ob selbst Preisermäßigungen dem Absatz einen nachhaltigen Auftrieb zu geben vermögen, solange sich nicht Anzeichen einer bevorstehenden Besserung der wirtschaftlichen Lage einstellen. Das psychologische Moment spielt im Konjunkturablauf neben den materiellen Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle und nur das wiederkehrende Vertrauen in den kommenden Aufstieg kann eine Wendung bringen.

Zweieinhalb Stunden für die Steuern

Die Unhaltbarkeit des öffentlichen Finanzsystems

Von Hermann Brieger

Mehr als ein Drittel unseres Volkseinkommens wird allein für Steuerzwecke angezogen, wobei die Belastungen durch Sozialabgaben noch nicht berücksichtigt sind. Von dem achtstündigen Arbeitstag jedes einzelnen Deutschen werden also durchschnittlich zweieinhalb Stunden täglich (!) allein für öffentliche Finanzzwecke aufgewandt. Zweieinhalb Stunden Tagesarbeit muß im Durchschnitt jeder Betrieb, jeder Arbeiter und Angestellte für den Fiskus leisten, ehe die Arbeit der Wirtschaft, dem Unternehmen, der Lebensführung des einzelnen Nutzen abwirft. Dieser Ueberlegung kann man sich nicht durch den Hinweis entziehen, daß der Beschäftigte „nur“ den zehnprozentigen, niedrigeren oder höheren, Lohn- und Gehaltsabzug trägt und daß der „Kapitalist“ für das übrige zu sorgen habe. Jede Belastung des „Kapitalisten“ wirkt sich in den Preisen aus, und den darin enthaltenen Steueranteil hat jeder einzelne zu tragen, ganz abgesehen davon, daß die Unmasse indirekter Steuern ihn bei jeder noch so geringfügigen Ausgabe Steuern und immer wieder Steuer für Verwaltungsaufgaben abzwackt. Mehr als ein Drittel des gesamten Arbeitseinkommens der Bevölkerung und der Wirtschaft verschwindet in dem unerschöpflichen Danaidenfaß der Reichs-, Staats- und Gemeindeausgaben. Das Vorkriegsdeutschland hat die gleichen Zwecke mit dem 14. Teil des Volkseinkommens erledigt, weil — nun vor allem, weil es mit dem Pfennig zu rechnen verstand.

Die Erhöhung beispielsweise des Milchpreises in Berlin um 2 Pfennig löste einmal im preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstag eine mehrtägige scharfe Debatte aus, die im ganzen Lande mit leidenschaftlichem Eifer verfolgt wurde. Im Augenblick gibt es überhaupt kein parlamentarisches Ereignis, und wäre es selbst die Reichstagsauflösung, das tiefere und breitere Anteilnahme wecken könnte, als damals jene 2 Pfennig. Die gewissenhafte Anwendung der Steuerzweck ist der heutigen Verwaltung verloren gegangen. Die haarsträubende typische Geschichte von jenem Diplomaten, der für eine Teilstrecke seiner Urlaubsreise dem Steuerzahler 16 000 R.M. aufstufte, obwohl er den gleichen Zweck mit 700 R.M. im Luxuszug hätte erreichen können, läßt sich um Hunderte, ja um Tausende von Fällen gleich gewissenloser Vergeudung von Steuergeldern in Reich, Staat und Gemeinden vermehren. Der schwache Moldenhauer, der nach Ausgabenabstrichen tief, konnte von der Bürokratie nur 25 Millionen erreichen; der als Minister länger tätige, geschäftsunfähige Dietrich erzielte 100 Millionen, sein Parteistreu und Minister a. D. Fischer würde mit der gleichen bestimmenden Geste 200 Millionen herausholen. Allein im Reichshanshalt schlummern Ersparnismöglichkeiten von ein bis zwei Milliarden, und ein Mehrfaches dieser Summe kann dem Steuerzahler in Ländern und Gemeinden erlassen werden, wenn in der Verwaltung die Einstellung wiederkehren würde: Wir sind Sachwalter fremder Gelder. Mehr: Wir versündigen uns gegen das Schicksal eines verarmten, von der ganzen Welt ausgebeuteten Volkes, wenn wir mit dieser verantwortungslosen Verwaltungsverschwendung fortfahren.

Bei aller Kritik der Verwaltung darf man aber nicht vergessen, daß sie in Reich, Ländern und Gemeinden, das was sie heute ist, im wesentlichen unter der praktischen Anwendung sozialdemokratischer Lehren wurde. Auf dem Wege dieses Verfahrens sind wir alle schließlich sozialisiert worden, verloren als Arbeitgeber und Arbeitnehmer unsere Bewegungsfreiheit und haben es jetzt schon zum zweieinhalbstündigen Staatsdienst auf den achtstündigen Arbeitstag gebracht, mit dem einzigen Unterschiede von der Bürokratie, daß wir uns im übrigen selbst zu versorgen haben und Pensionsansprüche allenfalls in dem lächerlich bescheidenen Rahmen machen können, den uns die Kosten der Sozialversicherungen bei den Leistungen noch lassen.

Aus dem Steuer- und Finanzelend können wir nur herauskommen durch ein planvoll aufgebautes Steuer- und Abgabensystem, das die größte Wirkung zugunsten der Staatskassen bei geringster störender Belastung der Wirtschaft und der Gesamtbevölkerung vorsieht. Es muß vor-

allem losgelöst werden von den Schwankungen der Konjunktur, die bei der jetzigen Form der Arbeitslosenversicherung die Finanzen zerrütten und voraussichtlich unsere Finanzlage bis zum Herbst weiter verschlimmern. Wir wollen uns doch auch frei machen von der Milliardenlast der Kriegskredite. Diese dringliche Notaufgabe können wir niemals durchführen, wenn wir nicht vorher eine sparsame, straffe Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden wieder hergestellt haben.

Aus dem Handwerk

Das Handwerk zur Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat

Nr. Der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag traten am Dienstag, dem 16. Juli, im Verwaltungsgebäude des Kammerortes zu Hannover zu einer Vorstandssitzung zusammen. Die aus allen Teilen des Reiches auf besuchte Versammlung befand sich eingehend mit der derzeitigen wirtschaftspolitischen Lage und nahm zu der im Reichstag erfolgten Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat einstimmig nachstehende Entschlüsse an: Die vereinigten Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß der Deutsche Reichstag den Gesetzentwurf über die Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates ablehnt hat. Die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs, der in sehr beschleunigter Weise endlich eine jahgemäße tatsächliche Mitwirkung aller Kreise der deutschen Wirtschaft an den Aufgaben der Gesetzgebung verwirklichen wollte, wird gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der größten politischen Vertrauenskrise als eine schwere Zurücksetzung aller produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft empfunden. Die vereinigten Vorstände sind der Auffassung, daß das Einkammerparlament in Deutschland, verbunden mit dem gegenwärtigen, die freie Willensbestimmung des deutschen Wählers ausschließlichen Proportionalwahlrecht in so hohem Maße verstoßt hat, daß die Frage der Errichtung einer 2. Kammer, durch organische Verbindung von Reichstag und Reichswirtschaftsrat, schleunigst zum Gegenstand ernsthafter Prüfung der deutschen Wirtschaft und der politischen Faktoren gemacht werden muß.

Gegen Natur- und Wildfrevel

Trotz zahlreicher Veröffentlichungen in der Tages- und Wochenpresse wird teils aus Unkenntnis, teils aus Unaufmerksamkeit, vielfach aber leider auch mit Absicht immer noch mancher Natur- und Wildfrevel begangen. Das Ausnehmen von Gelegen jagdbaren und nicht jagdbaren Vögeln, vor allem von Hasen und Rebhühnern, das Berühren oder gar Mitnehmen von Rebhühnern und Junghühnern kommt immer noch vor und verursacht schweren volkswirtschaftlichen Schaden. Besonders beim Nähen werden zahlreiche Gelegen zerstört, große Mengen Jungwild werden vernichtet. Es kann deshalb nicht ernstlich genug darauf hingewiesen werden, dem Jungwilde die erforderliche Schonung angedeihen zu lassen. Zunächst ist es Sache der Revierinhaber, darüber zu wachen, daß beim Nähen Verluste vermieden werden. Bei einiger Aufmerksamkeit läßt sich dieses sehr wohl erreichen, wenn unmittelbar vor der Ernte die zu nähenden Stübe auf Jungwild abgejagt werden, und wenn der Revierinhaber für jedes durch den Landwirt geschonte Gelegen oder Stück Jungwild eine Belohnung gewährt. Beste Erfolge sind mit diesem Verfahren erzielt worden. — Dann aber muß sich die Aufmerksamkeit aller Berufenen — das sind nicht nur die Jäger, sondern alle vollständigen Reichen, die die Natur erhalten wissen wollen, — auf solche Elemente richten, die absichtlich Schaden anrichten. Was nützt es, wenn der Landwirt ein Gelegen schon und es beim Nähen umgibt, wenn es Tage darauf von Frevelhand zerstört und beraubt wird? Was nützt es, wenn mit vollem Recht wührende Hunde und Katzen ferngehalten werden, aber Tübenhände das hilflose Jungwild aufnehmen, um es in der Gefangenschaft zu Grunde gehen zu lassen! Die Verdünnung der Natur ist wahrlich schon weit genug fortgeschritten, als daß nicht jeder, der Freude hat am freilebenden Tier, Anspruch darauf erheben kann, daß solchem Treiben Einhalt geboten wird. An alle Natur- und Heimatfreunde ergeht daher die Bitte, bei Spatiergängen, Wanderungen und allen sonstigen Gelegenheiten ihr Augenmerk auf jeden derartigen Natur- und Wildfrevel zu richten und erregte Täter rücksichtslos und sofort zur Anzeige zu bringen. Gerne wird sich der Revierinhaber, der sorgfältigsten Unterstützung findet, erteillich zeigen. Und überall im Lande gibt es Landes- und Bezirksvereine des Allgemeinen Deutschen Jagdschützenvereins, die bereit sind, für solche Anzeigen, die zur Bestrafung der Täter führen, Belohnungen zu zahlen.

Buntes Allerlei

Schlangenbau und Schlangenzüchtung

Schule und Tischen aus Schlangenbau sind eine bevorzugte Liebhaberei der Frauen geworden. Aber diese Schlangenbau ist in den meisten Fällen Leder aus der Körperbedeckung großer Echsen, die besonders in Niederländisch-Indien und Britisch-Indien gefangen werden. In den Gegenden ihres Vorkommens gab es niemals eine so leichte und sichere Art, Geld zu verdienen, wie den Echsenbau. Ebenso wie man bei uns die Wälder nach Wilderern abführt, tummeln sich Jäger und Malaien in Wäldern und Dickichten des Bismarcklandes, um die kostbaren Echsen zu fangen, von denen die größten bis zu zwanzig Mark Lohn bringen können. Während man bei uns beim Wilderensuchen von Mägen und Schnaken beunruhigt wird, droht den Sammlern von Echsen eine andere Gefahr: der Schlangenzüchtung. Diese in der Einsamkeit der Wälder nahezu sichere Todesgefahr hat sich durch das Schlangenzüchten noch verschärft. Die Tiere sind nicht gerade Feinde der Giftschlangen, aber beneidete Liebhaber ihrer Eier. Durch diese Leidenschaft wirkten sie bisher als freiwillige Gesundheitspolizei des Landes. Jetzt aber ist ihre Zahl stark zusammengeschmolzen und nun vermehren sich die Giftschlangen in ungenanntem Grade. Es sollen Schonzeiten für die Echsen eingeführt werden, selbst wenn dadurch die Preise für die Echsen und Tischen aus „Schlangenbau“ steigen; denn allzu viele Jäger und Malaien werden jetzt Opfer derurchbaren Bißes giftiger Schlangen. Auch bei uns fürchtet man diese Gefahr; aber unsere Kreuzottern sind doch nicht ganz so schlimme Räuber, wenn auch jährlich in der Tat ein oder zwei Deutsche dem Biß ihres Giftzahnes zum Opfer fallen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer.

